



## AKTUELLE FRAGESTUNDE

Sitzung Nr. 44

vom 14.1.2020

**Antwort der Landesrätin Deeg auf  
die Anfrage Nr. 3/1/20, eingebracht von  
den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa  
und Staffler**

## INTERROGAZIONI SU TEMI DI ATTUALITA'

seduta n. 44

del 14/1/2020

**Risposta dell'assessora Deeg  
all'interrogazione n. 3/1/20, presentata dai  
consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Staffler**

**DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP):** Sehr geschätzter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Kollegen Foppa, Dello Sbarba und Staffler! Das Thema Wohnen werden wir wahrscheinlich im Laufe des Jahres sehr breit diskutieren. Ich werde dann konkret auf die Fragestellung eingehen. Es wird ein Gesamtkonzept brauchen, das viele Punkte enthält. Eines, das Sie hier ansprechen, ist – das darf ich auch bestätigen, weil wir uns in der Landesregierung immer wieder darüber austauschen -, dass wir derzeit Menschen im Land haben, die zwar einen Arbeitsplatz haben, aber neben denjenigen, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben und sich auch leichter tun, eine Mietwohnung oder vielleicht eine Eigentumswohnung zu erwerben, auch jene Arbeitskräfte vermehrt im Lande sind, die befristete Arbeitsverträge, oft auch sehr kurze befristete Arbeitsverträge, und wirklich Schwierigkeiten haben, dann einen Vermieter zu finden, der bereit ist, eine Mietwohnung unter diesen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Zu Frage 1 möchte ich Ihnen die Ist-Situation ganz kurz erklären und werde mich beeilen. Das WOBI verfügt derzeit über circa 530 Plätze in Arbeiterwohnheimen. Zusätzlich sind circa 400 Plätze in Wohnheimen für das Gesundheitspersonal und in privaten Einrichtungen in einer vergleichbaren Funktion. Eine wichtige Maßnahme - und das sind derzeit 39 Millionen Euro, die wir über den Sozialtopf finanzieren - sind die Gelder für das Mietgeld, die durch die Sozialsprengel dann auch an viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbezahlt werden, um eine Unterstützung zu bieten, eine geeignete Wohnung am privaten Wohnungsmarkt finden zu können. Nichtsdestotrotz haben wir auch eine Studie bis zum Jahr 2030 erhoben, die ich Ihnen dann auch gerne zukommen lassen kann. Wir haben es in einer Pressekonferenz zum Bedarf des Wohnbaus in den einzelnen Sektoren vorgestellt. Es gibt also eine detaillierte Erhebung, wobei natürlich Schwankungen immer mitinkludiert sind.

Zu Frage 3, wie wir das Thema angehen wollen: Das Thema wird ein zentrales sein, auch im Wohnbauförderungsgesetz. Sie haben den Text noch nicht in Gänze gesehen, aber bei den speziellen Wohnformen, die wir künftig unterstützen wollen, sind neben den klassischen Studentenwohnheimen natürlich auch Arbeiterwohnheime mit drinnen, wobei ich aber eines schon sagen muss: Es ist nicht alleinige Aufgabe der öffentlichen Hand, Wohnungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte vorzusehen. Wir werden eine gemeinsame Anstrengung der Betriebe brauchen und auch eine Mitverantwortung der Unternehmen dann diskutieren,



zusammen mit Kollegen Schuler und Kollegen Achammer, wo wir dann auch eine Diskussion gemeinsam mit den Arbeitgebern führen, wie sie das öffentliche Angebot bzw. die Finanzierungsschienen, die wir in diesen Bereichen haben, ergänzen auch ihrerseits einen Teil der Verantwortung mitschultern. Nebenbei sollen – wie gesagt – alle eingebunden werden, wie beispielsweise der Kolping oder andere Organisationen, die ergänzend zu den schon bestehenden Arbeiterwohnheimen, die das WOBI allein finanziert, auch ein breites Angebot auf die Piste bringen, damit wir wirklich garantieren können, dass jene Menschen, die vor allem eine längere Arbeitsmöglichkeit in Südtirol haben, auch eine Aussicht bekommen, zwar keine Villa, aber eine angemessene, ihrem Bedarf entsprechende Wohnmöglichkeit zu finden. Da brauchen wir den Einbezug aller. Das ist ein großes Thema, dessen sind wir uns schon bewusst.